

Info**service**

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Wahlkampf ist eingeläutet: dies gilt auch für den Wahlkreis! Die erste Runde fand am vergangenen Dienstag bei einer Podiumsdiskussion der Kolpingfamilie zwischen meinem CDU-Kollegen und mir statt. Ein neuer "Stil" scheint Einzug zu halten, nämlich das Nachkarten und Verunglimpfen des politischen Mitbewerbers im web 2.0! Schade, dass man nicht die inhaltliche Auseinandersetzung sucht und stattdessen Falschdarstellungen und Behauptungen ins web 2.0 posaunt – ohne das darauf reagiert werden kann. Wir werden unseren Stil beibehalten: sachliche und inhaltliche Diskussionen – damit werden wir überzeugen!

Euch nun ein schönes Wochenende!

Herzlichst eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus Platz der Republik 11011 Berlin

Wahlkreis

Betzdorf Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Puderbach Mittelstraße 17 56305 Puderbach Telefon: (0 30) 22 77 74 32 Fax: (0 30) 22 77 64 44 sabine.baetzing-lichtenthaeler @bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 Fax: (0 27 41) 2 74 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60 Fax: (0 26 84) 9 57 10 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestag.de

Topthema

Dobrindt ist ein Heuchler!

Er kann es wohl nur schwer ertragen, dass Peer Steinbrück etwas zu sagen hat und offensichtlich deshalb auch zu eingeladen wird. Die Forderung Veröffentlichung des Einkommenssteuerbescheides von Peer Steinbrück ist mehr als scheinheilig: Alle Initiativen der SPD für eine stärkere Transparenz hinsichtlich der Nebeneinkünfte von Abgeordneten sind in den vergangenen Jahren am erbitterten Widerstand von Schwarz-Gelb gescheitert. Wenn Herr Dobrindt jetzt mehr Transparenz fordert, dann sollte das für alle Parlamentarier gelten, nicht nur für Peer Steinbrück. Ansonsten sind die Äußerungen Dobrindts nur ein durchschaubarer Beleg für die Nervosität der Regierungsfraktionen vor einem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück

Ländlicher Raum

Bundesregierung lässt den ländlichen Raum im Stich

Zur Bewältigung des demografischen Wandels und seiner Folgen fordert die SPD eine konsequente Politik zur Entwicklung und zur Stabilisierung der ländlichen Regionen. Für die SPD sind die regionale Wertschöpfung, der Erhalt der sozialen Infrastruktur und vor allem qualifizierte Arbeitsplätze im ländlichen Raum besonders wichtig. Ein brauchbares Konzept zur Stärkung der ländlichen Räume hat die schwarz-gelbe Koalition bisher nicht vorgelegt. Auch eine hochkarätig mit Staatssekretären besetzte Runde hat bisher keine nennenswerten Ergebnisse erbracht. Stattdessen betreibt man Schaufensterpolitik Modellvorhaben wie "LandZukunft". Ministerin Ilse Aigner versteht die Politik für den ländlichen Raum offensichtlich nur als Klientelpolitik für die Agrarwirtschaft. Hand in Hand mit dem Bauernverband setzt sie sich in Brüssel dafür ein, dass das bisherige Zahlungssystem unangetastet bleibt. Die SPD will neben der Agrarwirtschaft auch Initiativen und kleinere Unternehmen aus anderen Bereichen fördern. Es gilt, den Zugang zu Qualifikation und Weiterbildung für die Menschen auszubauen und das bürgerschaftliche Engagement vor Ort zu stärken. Dafür brauchen wir zukünftig flexible Regionalbudgets.

Die SPD will die bisherige Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) konsequent zu einer Gemeinschaftsaufgabe für den Ländlichen Raum weiterentwickeln. Wir wollen auch die Synergieeffekte mit der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nutzen. Eine Novellierung des GAK-Gesetzes ist darum dringend erforderlich.

Finanzen

Druck auf Merkel durch EU

Einmal mehr muss Brüssel Frau Merkel Beine machen: **EU-Kommissar** Barnier eingesetzte Fine Expertengruppe wird heute Vorschläge für eine stärkere Regulierung der Banken vorlegen. Umso auffälliger wird die Untätigkeit der Bundesregierung auf diesem Politikfeld. Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück hat bereits konkrete Vorschläge für eine organisatorische Trennung der Banken gemacht. Dem Vernehmen nach gehen die Überlegungen der Brüsseler Experten in dieselbe Richtung. Warum war die Regierung Merkel bisher nicht dazu in der Lage, ein eigenes Konzept vorzulegen? Anscheinend müssen - wie bei der Finanztransaktionssteuer - erst die Opposition und Brüssel wichtige Impulse setzen. Frau Merkel bleibt ihrem Politikstil des Aussitzens treu: Diese Kanzlerin setzt sich immer erst in Bewegung, wenn andere die Richtung vorgegeben haben.

Wirtschaft und Technologie

Gipfel zur Elektromobilität – Wieder nichts Neues

Elektromobilität bietet Deutschland die Chance, seine Spitzenposition als Industrie-, Wissenschafts- und Technologiestandort zu sichern und auszubauen. Die Bundesregierung wird ihr Ziel, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen, allerdings nicht erreichen – das stand schon vor dem Gipfel fest. Grund genug dafür, sich den Herausforderungen zu stellen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um diesem Ziel einen Schritt näher zu



Info**service**

kommen. Stattdessen muss nach dem Gipfel konstatiert werden: Ideenlosigkeit, Stillstand und wieder keine neuen Verabredungen. Die Bundesregierung setzt mit den traurigen Ergebnissen die Zukunft Deutschlands als Leitanbieter und Leitmarkt im Bereich Elektromobilität aufs Spiel. Dabei liegen die Vorschläge auf dem Tisch: Im Fortschrittsbericht der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) aus dem Juni werden verschiedene Maßnahmen empfohlen - die Bundesregierung muss nur endlich handeln. So muss die Förderung der geplanten Forschungs- und Entwicklungs-Projekte nun endlich umgesetzt und die Maßnahmen verstetigt werden. Stattdessen Kompetenzstreitigkeiten der vier Bundesministerien, die an der Förderung beteiligt sind. Industrie und Wissenschaft wissen nicht, wer ihr Partner ist. Zudem müssen Fördervorhaben mit denen auf Landes- bzw. europäischer Ebene stärker koordiniert werden. Wir brauchen eine Bündelung der Kräfte und einen europäischen Pakt für Elektromobilität. Von erheblicher Bedeutung ist - gerade auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels - endlich auch Ausbildungsstätten und Hochschulen stärker als bisher einzubinden, um die benötigten Fachkräfte durch die Verzahnung von Forschung und Lehre zu gewinnen.

(Weiter-)Bildung und Qualifizierung der erforderlichen Fach-Führungskräfte auf Basis der finalisierten Kompetenzroadmap im akademischen und beruflichen Bereich wird daher auch von der NPE als eine zentrale zu ergreifende Maßnahme angesehen. Ergebnis des Gipfels auch hier: Fehlanzeige. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Zukunftsbündnis für Qualifizierung auf den Weg zu bringen. Schließlich sollte sich die Nachfrage nach innovativen Mobilitätslösungen auch in den Beschaffungsprogrammen der öffentlichen Hand widerspiegeln, zum Beispiel bei der Umrüstung von Fahrzeugen öffentlichen Verwaltung. der Die Bundesregierung darf auch diese Chance nicht einfach leichtfertig verspielen. Wir fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen einer konzertierten Aktion entsprechende Aktivitäten auf den Weg zu bringen, um Elektromobilität in Deutschland zur Marktreife zu führen.

Petitionen

Bundesregierung arbeitet Beschlüsse des Petitionsausschusses nicht konsequent auf

Was haben deutsche Soldaten, die im Ausland stationiert sind und Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR gemeinsam? Sie haben sich an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt. Die Soldaten fordern kostenlose Telefonie und Internetnutzung bei Auslandseinsätzen. Die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR weisen auf Nachteile im Rentenrecht, die ihnen nach der Wiedervereinigung entstanden sind. Beide Anliegen fanden alle Abgeordnete im Petitionsausschuss berechtigt und erteilten der Bundesregierung einstimmig den Auftrag, die Anliegen zu überprüfen und anders zu regeln. Der Erfolg für die Betroffenen blieb aus. Beide Anliegen sind Bundesregierung abgelehnt worden. von der Bundesregierung fehlt erneut die Konsequenz in der der einstimmigen Beschlüsse Aufarbeitung Petitionsausschusses. Seit 2009 wurden von zwölf höchsten Voten zur Berücksichtigung erst sechs umgesetzt. Von 27 zweithöchsten Beschlüssen zur Erwägung wurden sieben umgesetzt, elf sind offen und neun wurden abgelehnt.

Bonbon

"Wer etwas ändern will, sucht Wege. Wer nichts ändern will, sucht Gründe."

(Unbekannt)

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, den Beschlüssen des Petitionsausschusses gebührende Achtung und Berücksichtigung zu schenken. Im Petitionsverfahren werden wir die Spitzen der Ministerien vor den Petitionsausschuss laden und auf die Umsetzung der Beschlüsse drängen.

Außenpolitik

Demokratischer Machtwechsel in Georgien Georgiens Wähler haben sich entschieden. Nach acht Jahren ununterbrochener Herrschaft von Saakaschwili, der 2004 im Zuge der "Rosenrevolution" den greisen Staatschef Eduard Schewardnadse aus dem Präsidentenpalast vertrieben hatte, war der Wunsch nach einem politischen Neuanfang in den letzten Wochen unüberhörbar. Die zahlreichen Skandale, nicht zuletzt der aufgedeckte Folterskandal in georgischen Gefängnissen, hatten dem Image des als Saubermann und Reformer gestarteten charismatischen Herrschers schwer zugesetzt. Trotz einiger Verdienste um die Modernisierung des Landes hatte er am Ende zu viele seiner ehemaligen Anhänger enttäuscht, insbesondere sozialpolitischem Feld. Sein Traum, nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit als Ministerpräsident weiter die Geschicke des Landes bestimmen zu können, dürfte damit vorerst ausgeträumt sein. Eine eigens zu diesem Zweck durchgeführte Verfassungsreform kommt nun seinem innenpolitischen Widersacher, dem Wahlsieger und Multimilliardär Bidsina Iwanischwili zugute. Sein auf ca. Milliarden US-Dollar geschätztes Privatvermögen entspricht in etwa dem georgischen Staatsbudget. Die Erwartungen in den Wahlsieger sind enorm. Über seinen Erfolg oder Misserfolg entscheidet am Ende, ob es ihm gelingt, die gravierenden sozialen Probleme in den Griff zu bekommen. Nach wie vor leben zu viele Georgier am Rande oder sogar unterhalb des Existenzminimums. Aber auch auf außenpolitischem Gebiet warten große Herausforderungen auf ihn: Das völlig zerrüttete Verhältnis zu Russland nach dem Fünf-Tage-Krieg im August 2008 bedarf dringend eines Neuanfangs. Als Absatzmarkt für georgische Produkte ist Russland unverzichtbar. Insofern könnte er mit seiner angekündigten Annäherung an den großen Nachbarn möglicherweise einiges in Bewegung setzen. Sollte Wahlverlierer Saakaschwili - wie bereits angekündigt - das Wahlergebnis akzeptieren und die von Herausforderer ausgestreckte Hand seinem Zusammenarbeit ergreifen, wäre dies zugleich ein gelungenes Beispiel für einen demokratischen Machtwechsel im südlichen Kaukasus. Dies wäre in der noch jungen Geschichte der staatlichen Unabhängigkeit Georgiens ein außerordentlich wichtiger Ausdruck demokratischer Reife und würde Georgiens Weg in Richtung Europa einen großen Schritt voran bringen.

Termine		
08.10.12	10.00 Uhr	Unternehmensbesuche mit IHK
	20.00 Uhr	Veranstaltung zum Thema "Drogenpolitik", Neuwied
09.10.12	18.00 Uhr	Veranstaltung mit Wolfgang Thierse, Unkel
10.10.12	14.30 Uhr 19.00 Uhr	Selbsthilfe Aphasie SPD-OV Heddesdorf
11.10.12	13.00 Uhr 19.00 Uhr	ZDF-Fernsehrat SPD-OV Irlich
12.10.12	09.00 Uhr	ZDF-Fernsehrat
13.10.12	11.00 Uhr	Tibet-Gesprächskreis
14.10.12	18.00 Uhr	Siegerehrung, Schützenbruder- schaft. Leubsdorf